

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung
des Gemeinderats der Stadt Lörrach
am Dienstag, 1. April 2014

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend:	Oberbürgermeisterin Heute-Bluhm als Vorsitzende Bürgermeister Dr. Wilke
Stadträtinnen und Stadträte:	Berg, Böhringer, Brogle, Bühler (ab 17.10 Uhr), Claassen (bis 20.00 Uhr), Cyperrek, Denzer, Escher, Feger, Gula, Heuer, Höfler, Krämer, Kurfeß, Lacher, Lusche, Matt, Obrecht, Prof. Dr. Paul, Perinelli (bis 20.35 Uhr), Piorr, Rosskopf, Salinas de Huber, Schlecht, Simon, Vogel, Vollmer, Wernthaler
Entschuldigt:	Hirt, Jaenisch, Krauel, Schmolinske
Ferner:	Ortsvorsteherin Herzog Fachbereichsleiterin Rebmann-Schmelzer Fachbereichsleiterin Staub-Abt (bis 20.00 Uhr) Fachbereichsleiterin Baldus-Spinger (bis 20.00 Uhr) Fachbereichsleiterin Buchauer Frau Williams, Ref. der Oberbürgermeisterin (bis 20.00 Uhr) Stadtkämmerer Kleinmagd Fachbereichsleiter Frick (bis 20.00 Uhr) Fachbereichsleiter Schwenzer Fachbereichsleiter Nef Fachbereichsleiter Wipf (bis 20.00 Uhr) Herr Börs, Abt.-Kommandant Haagen (bis 20.00 Uhr)
Urkundspersonen:	Stadtrat Schlecht und Stadtrat Wernthaler
Schriftführer/in:	Herr Funk und Herr Ockenfuß
Beginn:	17.30 Uhr
Ende:	19.45 Uhr

TOP 1

Freiwillige Feuerwehr; Wahl des Abteilungskommandanten der Abteilung Haagen Vorlage: 065/2014

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt Herrn Florian Börs als neuen Abteilungskommandanten der Feuerwehrabteilung Haagen.

Florian Börs stellt sich sodann dem Gremium vor.

Die Stadträte Krämer und Simon begrüßen Herrn Börs Wahl zum Abteilungskommandanten. Dieser habe sich als zuverlässiges Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr ausgezeichnet und bewährt.

Die Stadträte Kurfeß, Lacher und Matt gratulieren Herrn Börs zur Wahl, wünschen eine glückliche Hand und möglichst wenig Feuerwehreinsätze. Sie danken gleichzeitig dem bisherigen Abteilungskommandanten, Stadtrat Simon, für seine für die Feuerwehr und die Stadt geleistete Arbeit.

Der Gemeinderat beschließt darauf einstimmig:

Der Wahl von Florian Börs zum Abteilungskommandanten der Abteilung Haagen wird zugestimmt.

TOP 2

Wahl des/der Oberbürgermeisters/in Vorlage: 060/2014

Die Vorsitzende führt zunächst in das Thema ein. Die öffentliche Vorstellung der Bewerberinnen und Bewerber soll am Montag, 30. Juni 2014 im Burghof in Lörrach stattfinden. Auch der Hauptausschuss habe diesem Vorschlag bereits zugestimmt.

Stadträtin Höfler befindet den Beschlussvorschlag für gut. Die Fraktion der CDU werde ihre Fraktionssitzung verschieben und der Beschlussvorlage zustimmen.

Als Beisitzer für den Gemeindewahlausschuss wird von Seiten der CDU Stadträtin Frau Höfler und als deren Stellvertreter Stadtrat Krämer vorgeschlagen.

Stadtrat Schlecht gratuliert der Vorsitzenden zur Wahl zur Hauptgeschäftsführerin des Städtetags Baden-Württemberg. Es gebe durch das Ausscheiden der Oberbürgermeisterin aus ihrem Amt eine tiefgreifende Veränderung an der Stadtspitze. Die Termine habe man bereits im Ältestenrat und im Hauptausschuss vorberaten.

Die Fraktion der SPD stimme den Punkten 1 und 2 der Beschlussvorlage zu. Hinsichtlich Punkt 3 der Beschlussvorlage schlägt die SPD Stadtrat Böhringer als Beisitzer im Gemeindewahlausschuss und Stadträtin Gula als dessen Stellvertreterin vor.

Die Fraktion der SPD hoffe es gibt eine gute Wahlbeteiligung.

Stadträtin Kurfeß gratuliert der Vorsitzenden zu ihrer Wahl zur Hauptgeschäftsführerin des Städtetags Baden-Württemberg.

Ebenso wünsche sie sich einen fairen Wahlkampf und weiß, dass letztlich die Bürgerschaft eine gute Entscheidung treffen wird. Für die öffentliche Vorstellung der Bewerberinnen und Bewerber werde die Fraktion der Grünen ihre Fraktionssitzung verschieben.

Hinsichtlich Punkt 3 der Beschlussvorlage schlägt die Fraktion der Grünen Stadträtin Kurfeß als Beisitzerin im Gemeindewahlausschuss und Stadtrat Ferger als deren Stellvertreter vor.

Stadtrat Lacher gratuliert der Vorsitzenden ebenfalls zu deren Wahl.

Hinsichtlich Punkt 3 der Beschlussvorlage schlägt die Fraktion der Freien Wähler Stadtrat Lacher als Beisitzer im Gemeindewahlausschuss und Stadtrat Claassen als dessen Stellvertreter vor.

Stadtrat Matt gibt an, dass die Fraktion der Liberalen der Beschlussvorlage ebenso zustimme.

Hinsichtlich Punkt 3 der Beschlussvorlage schlägt die Fraktion Die Liberalen Stadtrat Matt als Beisitzer im Gemeindewahlausschuss und Stadtrat Perinelli als dessen Stellvertreter vor.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Die Wahl des/der Oberbürgermeisters/in findet am Sonntag, 6. Juli 2014, eine eventuell notwendig werdende Neuwahl am Sonntag, 20. Juli 2014, statt.
2. Die Stelle wird am 11. April 2014 im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg mit einer Einreichungsfrist für Bewerbungen bis zum 10. Juni 2014 ausgeschrieben. Im Falle einer Neuwahl werden neue Bewerbungen bis spätestens 9. Juli 2014 zugelassen.
3. Der Gemeindewahlausschuss wird wie folgt gebildet:

Vorsitzende: Oberbürgermeisterin Gudrun Heute-Bluhm
Stv. Vorsitzende: Fachbereichsleiterin Annette Rebmann-Schmelzer

Beisitzer: je ein/e Stadtrat/-rätin der
CDU-Fraktion,
SPD-Fraktion,
Fraktion der Freien Wähler,
Fraktion der Grünen,
Fraktion der Liberalen,

Stv. Beisitzer: je ein/e Stadtrat/-rätin der
CDU-Fraktion,
SPD-Fraktion,
Fraktion der Freien Wähler,

Fraktion der Grünen,
Fraktion der Liberalen,

4. Die öffentliche Vorstellung der zugelassenen Bewerberinnen und Bewerber wird auf Montag, 30. Juni 2014, 19.00 Uhr festgesetzt.

TOP 3

Antrag der IGTS zur Jugendsportförderung

Vorlage: 059/2014

Die Vorsitzende führt in die Vorlage ein und bezeichnet die vorgeschlagene Lösung, die Restmittel aus der Spartenförderung auszuzahlen als einen sinnvollen Übergangskompromiss.

Stadtrat Escher dankt der Verwaltung für die in kurzer Zeit erstellte Vorlage und der IGTS für das Akzeptieren der Probephase. Er hoffe, dass sich der neue Gemeinderat bei den Haushaltsberatungen für das Jahr 2015 richtig und im Sinne des Jugendsports entscheidet.

Stadtrat Schlecht begrüßt die vorgeschlagene Lösung. Bedeute sie letztlich doch eine Stärkung und einen weiteren Ausbau des Sports. Lörrach befinde sich mit der vor drei Jahren eingeführten Fördersystematik beim Jugendsport auf gutem Weg. Die Systematik könne auch als Beispiel für den Kulturbereich dienen. Der Jugendsport habe mit der IGTS eine engagierte Stimme.

Stadtrat Lacher begrüßt die Auszahlung der Restmittel und geht davon aus, dass diese Mittel auch künftig vom Sport angefordert würden. Über die künftige Erhöhung der Jugendsportförderung werde der neue Gemeinderat entscheiden.

Fachbereichsleiter Wipf beantwortet sodann Fragen des Stadtrats Claassen zum Förderzeitraum, des Übergangs von quantitativer zu qualitativer Förderung und der Inanspruchnahme der Fördermittel durch die Vereine. Er kündigt hierbei eine Vorlage zur Erhöhung der Jugendsportförderung für den Herbst 2014 an.

Nach weiteren zustimmenden Wortmeldungen durch die Stadträte Matt und Obrecht beschließt der Gemeinderat einstimmig:

1. Der von der IGTS beantragten Auszahlung der Restmittel aus der Spartenförderung 2011 – 2013 als Pro-Kopf-Jugendzuschuss wird zugestimmt.
2. Über eine Erhöhung der Jugend-Sportförderung wird nach Vorlage des vereinbarten Erfahrungsberichtes im Rahmen der Haushaltsberatungen 2015 entschieden.

TOP 4

Benutzungsordnung VHS Lörrach

Vorlage: 053/2014

Die Vorsitzende führt zunächst kurz in das Thema ein. Es wäre von der Gemeindeprüfungsanstalt angemahnt worden, dass es für die Volkshochschule Lörrach keine Benutzungsordnung gebe.

Stadträtin Vollmer sagt, die Benutzungsordnung für die Volkshochschule wäre von der GPA gefordert worden. Diese Benutzungsordnung regle nun Abläufe und Entgelte und dies sei auch richtig. An dieser Stelle möchte sie sich auch herzlich bei der Volkshochschule für ihre gute Arbeit bedanken. Die Volkshochschule biete für alle Alters- und Gesellschaftsgruppen ein großes und hervorragendes Angebot und arbeite dabei stets wirtschaftlich. Stadträtin Vollmer wünscht der Volkshochschule bei ihrer weiteren Arbeit viel Erfolg und sagt, dass die CDU der Beschlussvorlage zustimme.

Stadträtin Cypperek sagt, die Fraktion der SPD stimme der Vorlage zu und bedankt sich bei der Volkshochschule für ihre Arbeit.

Stadtrat Werthaler gibt an, dass die Fraktion der Grünen der Vorlage zustimme. Er freue sich darüber, dass bei den Nutzern der Kursangebote ein Generationenwechsel erkennbar sei. Ansonsten wolle auch er sich bei der Volkshochschule bedanken. Er fragt auch, ob die Volkshochschule Lörrach Mitglied im Volkshochschulverband Hochrhein sei und warum die Volkshochschule nicht bei der CULT Bildungsmesse vertreten gewesen sei.

Stadtrat Lacher lobt die Volkshochschule für ihre Arbeit. Es habe jahrelang auch ohne Benutzungsordnung keine Probleme gegeben, aber in Deutschland brauche man für alles eine Regelung. Er gibt an, dass die Fraktion der Freien Wähler dem Beschlussvorschlag zustimme.

Stadtrat Matt ist erfreut darüber, dass die Fraktion Die Liberalen der Beschlussvorlage zustimme. Er bemerkt, dass dem Paragraphen 9 der Benutzungsordnung eine Überschrift fehle.

Fachbereichsleiter Frick dankt für die Zustimmung zur Beschlussvorlage und wolle die Fragen weiterleiten.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der vorliegenden Benutzungsordnung zu.

TOP 5

TonArt – Neubau für Kunst und Musik

Antrag Freie Wähler vom 31.01.2014 (s. Anlage 1) und Anfragen Fraktion der Grünen und der CDU

Vorlage: 062/2014

Die Vorsitzende führt kurz in die Vorlage ein, nimmt Bezug auf den Antrag der der Fraktion der Freien Wähler, die Anfragen der GRÜNEN und der CDU sowie der in gleiche Richtung zielende Äußerungen der SPD-Fraktion) und die vorausgegangenen Beratungen im Ausschuss für Umwelt und Technik und eröffnet die Diskussion.

Stadträtin Höfler bringt zum Ausdruck, dass das Bauvorhaben seit Beginn unter keinem guten Stern gestanden habe und führt beispielhaft als Begründung „Mängel im architektonischen Grundgedanken“, Kostenerhöhungen und den Brandschutz an. Das Gebäude habe eine Zeit lang nicht genutzt werden können, was zu großer Unzufriedenheit geführt habe. Ursache zur Unzufriedenheit sei auch mangelnde Kommunikation gewesen. Es sei ihr schlicht unbegreiflich, dass sich bezüglich der Mängel nach eineinhalb Jahren noch nichts geändert hat. Nicht zufriedenstellend seien auch Aussagen über die „unsägliche“ Fassade. Es sei noch zu prüfen, ob gegenüber dem Architekten Regressansprüche bestehen. Trotzdem werde die Fraktion der CDU der Vorlage zustimmen.

Stadträtin Cyperrek stellt fest, dass die Gebäudemängel bei der Besichtigung unterschiedlich wahrgenommen worden sind. Es sei weiter festzustellen, dass es sich beim TonArt-Gebäude um einen gelungenen Bau handle, der seinen Zweck erfülle und nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden könne. Funktionale Mängel seien jedoch offenkundig.

Sie bemängle, dass die Kommunikation unter den Beteiligten nicht funktioniert habe, die Bauabnahme nicht ausreichend genug gewesen sei und der Gemeinderat unzureichend informiert worden ist. Die Verwaltung habe nach den ersten Anfragen über die Beschwerden und die dadurch ausgelöste Berichterstattung in der Presse ungut reagiert. Man müsse aber aus Fehlern lernen und nun das Beste daraus machen. Insbesondere müssten künftig die Interessen der Nutzer besser berücksichtigt und die Bauabnahme verbessert werden. Die Fraktion schlage eine Änderung des Beschlussvorschlags wie folgt vor:

1. Keine Änderung.
2. Innerhalb des feststehenden Raumprogramms muss die Funktionalität in Rücksprache mit den Nutzern weiter verbessert werden.
3. Der Gemeinderat erhält einen Abschlussbericht, in dem alle nachträglichen Maßnahmen und ihre Kosten aufgeführt sind und in dem er über die Regressansprüche und ihre Durchsetzung informiert wird.

Stadtrat Wernthaler bemerkt, dass während der Besichtigung des TonArt-Gebäudes bereits ausreichend diskutiert worden sei. Die vorangegangenen Diskussionen bewerte er als „Sturm im Wasserglas“. Die Bürgerbeteiligung bei dem Vorhaben sei vorbildlich gewesen. Gleichwohl habe es Probleme gegeben, aber auch klare Vorgaben (z.B., den Rosenfelspark nicht anzutasten). Die aufgekommene Kritik sei im Nachhinein für ihn nicht ganz verständlich. Man müsse jedoch nun gemeinsam nach vorne schauen.

Stadtrat Claassen geht noch einmal begründend auf den Antrag seiner Fraktion ein und äußert Unverständnis gegenüber der Auffassung, dass nur über Kleinigkeiten diskutiert würde. Immerhin gehe es um über 100.000 EUR, die letztlich Steuergelder seien. Er halte es für erforderlich, seitens des Gemeinderats künftig klare Anträge statt Anfragen zu stellen. Dem Gesamtprojekt habe es geschadet, dass der Rosenfelspark nicht angetastet werden sollte. Man könne Bürgerbeteiligung auch übertreiben, meint er abschließend.

Heute sei die Zeit vorbei, frühere Schlachten zu schlagen, erklärt Stadtrat Matt. Man müsse nun nach vorne schauen und die erkannten Defizite beheben. Das koste Geld, worüber noch zu befinden sei. Verglichen mit Schulgebäuden in den Vereinigten Staaten könne sich die Stadt glücklich schätzen, das TonArt-Gebäude zu haben. Er halte den Vorschlag der SPD zur Änderung des Beschlussvorschlags für gut.

Die Vorsitzende verweist abschließend auf die intensive Bürgerbeteiligung. Sie fordere die an einem Projekt Beteiligten auf, sich zum richtigen Zeitpunkt zu äußern. Die Vorgänge seien jedoch ein guter Bewusstseinsprozess gewesen. Sie stellt den durch Vorschlag der SPD-Fraktion geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung. Der Gemeinderat beschließt diesen einstimmig:

1. Das Gremium nimmt den Bericht der Verwaltung inkl. Anlage 2 zur Kenntnis.
2. Innerhalb des feststehenden Raumprogramms muss die Funktionalität in Rücksprache mit den Nutzern weiter verbessert werden.
3. Der Gemeinderat erhält einen Abschlussbericht, in dem alle nachträglichen Maßnahmen und ihre Kosten aufgeführt sind und in dem er über die Regressansprüche und ihre Durchsetzung informiert wird.

TOP 6

Lärmaktionsplanung

Vorlage: 047/2014

Die Vorsitzende führt zunächst kurz in das Thema ein. Die vorliegende Beschlussvorlage solle durch die heutige Sitzung an die Öffentlichkeit gelangen. Das Thema sei bereits in den Ortschaftsräten und im Ausschuss für Umwelt und Technik heftig vorberaten worden.

Stadtrat Lusche vertritt die Ansicht, dass man sich einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung nicht verschließen könne. Die Planung erfolge im Geleitzug von Europäischer Kommission, dem Bund und dem Land Baden-Württemberg. Dem Lärm müsse man sich stellen. Es gehe schließlich um die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger. Eine

Zielrichtung lasse sich aus dem Lärmaktionsplan erkennen. Wichtige Bezugspunkte und Abschnitte würden genannt werden. Den unterschiedlichen Anforderungen und Bedürfnissen müsse man sich stellen. Man müsse aber auch abwägen, welche Maßnahmen sinnvoll sind. Es werde deshalb Wert auf intensive Prüfung der Teilvorhaben gelegt. Die Einbeziehung und Zustimmung der Bürgerschaft sei dringend notwendig.

Stadtrat Böhringer gibt an, dass man bereits schon alles wisse, was aus dem Lärmaktionsplan hervorgeht. Wo viel Verkehr sei, sei auch viel Lärm. Der Lärmaktionsplan sei zu sehr von Berechnungen bestimmt. Es handle sich nicht um konkret geplante Maßnahmen, sondern lediglich um Entwürfe. Die Lärmprobleme in der Stadt seien vielschichtiger als angenommen. Man benötige die richtigen Lärmschutzmaßnahmen am richtigen Platz. Ein Mangel des Lärmaktionsplans sei, dass er lediglich die Lärmquellen des städtischen Verkehrs aufzeige. Auch die Bahn müsse konkret geplante Maßnahmen vorlegen. Bürgerbeteiligung sei sehr wichtig. Man müsse wissen, welche Gebiete in Zukunft stark belastet sein werden. Es stelle sich zudem die Frage, wieviel Lärm ein Mensch ertragen könne. Früher habe es deutlich mehr Lärm gegeben. Die Fraktion der SPD wolle der Beschlussvorlage zustimmen.

Stadtrat Berg begrüßt die Aufstellung des Lärmaktionsplans. Man müsse die Grenzwerte bei Lärmemissionen einhalten. Maßgeblich sei immer die Anzahl der Betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Diese müsse man schützen. An kommunalen Straßen bestehe besonderer Handlungsbedarf. Allerdings gebe es nicht so viele Möglichkeiten des aktiven und passiven Lärmschutzes. Man müsse die stark belasteten Straßen genau unter die Lupe nehmen. Auch die Anzahl der Fahrzeuge sei bei derartigen Überlegungen zu berücksichtigen, gerade auch im Hinblick auf den Klimaschutz. Letztlich fragt Stadtrat Berg an, ob schon konkrete Planungen der Stadt Basel hinsichtlich der Autobahn 98 vorliegen würden.

Stadtrat Lacher fragt, ob man Punkt 1 der Beschlussvorlage auch zur Kenntnis nehmen könne, anstatt zuzustimmen. Es gebe bei der Fraktion der Freien Wähler regelmäßig Bürgersprechstunden. Eine Einführung von Tempo 30 in der gesamten Stadt sei nicht möglich. Man benötige Lärmschutz da wo er nötig, sinnvoll und finanzierbar sei.

Stadtrat Perinelli sagt, dass der von der Verwaltung vorgelegte Lärmaktionsplan sehr umfangreich sei. Man müsse vorsichtig sein, damit der Aktionsplan nicht zur Belastung für die Bürger werde. Es wäre besser, man gehe punktuell verschiedene Maßnahmen an.

Die Vorsitzende ist der Meinung, dass man zunächst nur einem Entwurf zustimme, man könne den Entwurf nicht nur zur Kenntnis nehmen. Sie äußert Unverständnis, warum man der Vorlage nicht geschlossen zustimmen könne.

Bürgermeister Dr. Wilke erklärt, dass ihm hinsichtlich der Autobahn 98 keine Planungen der Stadt Basel bekannt seien. Er wisse, dass Basel das Thema Autobahnausbau generell angehen wolle, dennoch wisse er nichts davon, dass man plane, die Autobahn 98 funktional als eine Art Bypass zu verwenden.

Stadtrat Matt sagt, dass das Thema Lärm sehr wichtig sei, jedoch gebe es Bedenken. Man stimme generell der Bürgerbeteiligung zu. Allerdings solle man nicht einen kompletten Maßnahmenkatalog, sondern vielmehr Einzelentscheidungen beschließen.

Stadtrat Lusche meint, dass man den Lärmaktionsplan als Instrumentenkasten nutzen könne, wobei einzelne Punkte nochmals zur Diskussion kommen sollten. Es gehe um Einzelmaßnahmen. Dem Entwurf könne wohl zugestimmt werden, aber nicht den einzelnen Punkten. Es gebe weiterhin Diskussionsbedarf. Der Gewerbelärm stelle in Lörrach nicht das Kardinalproblem dar.

Stadtrat Ferger vertritt die Meinung, dass eine Angst vor flächendeckenden Tempo 30 – Zonen nicht berechtigt sei. Die Zeitersparnis innerhalb der Stadt bei einer Fahrt mit 50 km/h anstatt 30 km/h sei minimal. Die Steigerung der Lebensqualität sei dagegen maximal.

Stadtrat Böhringer sagt, dass es bei den neuen Autos sein könne, dass diese bei einer Fahrt von 50 km/h leiser seien als bei einer Fahrt mit 30 km/h. Man müsse ebenso auch den Bahnlärm diskutieren.

Stadtrat Escher findet, dass man nicht über eine Zweckentfremdung der Tempo 30 – Zone sprechen dürfe. In Lörrach sei es hingegen sinnvoll, Blitzgeräte zur Überwachung der Verkehrsgeschwindigkeiten aufzustellen. Bei der Einrichtung von Tempo 30 – Zonen durch die Verwaltung hätten weder Bürgerinnen und Bürger noch Gemeinderatsmitglieder ein Einspruchsrecht.

Daraufhin erteilt die Vorsitzende dem im Sitzungssaal anwesenden Herrn Martin das Wort.

Prof. Martin äußert sich für die Bürgerinnen und Bürger Tumringens. Er finde es sehr gut, dass er als Bürger schon seit etlichen Jahren von der Stadt Lörrach in seinen Anliegen ernst genommen werde. In Tumringen würde es zu Spitzenzeiten hinsichtlich Lärmbelastungen immer wieder zu Grenzwertüberschreitungen kommen. Vor allem seit 2011 habe die Lärmbelastung erheblich zugenommen. Betroffen seien die Freiburger Straße (K 6354) als auch die Mühlestraße. Prof. Martin fragt, wann und wo Verkehrszählungen im Bereich Autobahn 98 stattgefunden haben. Zum anderen ist er der Meinung, dass von den Kantonen Basel Land sowie Basel Stadt ein Ausbau der Autobahn 98 zu einem Bypass geplant sei. Auch die Wirtschaftskammer Basel sei an diesen Überlegungen beteiligt. Im letzten Jahr seien in Rheinfelden ca. 500.000 LKW vom Zoll abgefertigt worden. Dies sei mehr als die sieben- oder achtfache Menge, die ursprünglich im Planfeststellungsbeschluss zugrunde gelegt wurde. Basel würde täglich von 150.000 Fahrzeugen passiert werden. Prof. Martin fragt, ob man für solche Mengen auf der Autobahn 98 vorbereitet sei und ob die Stadt das Thema bei zukünftigen Gesprächen in Basel ansprechen könne.

Die Vorsitzende erklärt, die Anregungen aufzunehmen.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Dem Entwurf des Lärmaktionsplans der Stadt Lörrach (Stufe 2) wird zugestimmt.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Entwurf des Lärmaktionsplan in die frühzeitige Bürgerbeteiligung zu geben und die Anhörung der Träger öffentlicher Belange durchzuführen.

TOP 7

Bebauungsplan „Leibnizweg“ Auslegungsbeschluss

Vorlage: 050/2014

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes durch die Vorsitzende führt Bürgermeister Dr. Wilke in die Vorlage ein. Er berichtet, dass ein seit der letzten Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Technik fertig gestelltes Luftschadstoffgutachten im Zusammenhang mit der vorgesehenen Bebauung keine Probleme bereite.

Stadtrat Heuer kündigt die Zustimmung seiner Fraktion an. Er hält es jedoch für befremdlich, wenn jetzt schon Kran und Baugerüste aufgestellt sind, obwohl noch nichts beschlossen worden ist.

Bürgermeister Dr. Wilke erklärt darauf, dass Kran und Gerüste für die Sanierung der Gebäude Leibnizweg 5 und 6 (Gebäudeertüchtigung und Balkone) aufgestellt worden sind, um eventuell aufstocken zu können. Hierfür bedürfe es keines Bebauungsplanes.

Stadträtin Kurfeß bringt zum Ausdruck, dass es bei einem sensiblen Baugebiet, wie es der Leibnizweg darstellt, im Vorfeld zu Missverständnissen gekommen sei. Ihre Fraktion werde zustimmen, erfülle doch die Städt. Wohnbaugesellschaft eine soziale Aufgabe und ist in einem sensiblen Bereich städtebaulich gestalterisch tätig. Diese müsse eine funktionsfähige Tochter der Stadt bleiben, soll investieren können und die auf derartige Weise erwirtschafteten Mittel in den sozialen Wohnungsbau geben können. Man werde das Gebäude von Süden her kommend gut wahrnehmen, ein kleineres Gebäude wäre zu wenig markant und schlechter zu vermarkten.

Stadtrat Lacher kündigt ebenfalls die Zustimmung seiner Fraktion an und bringt seine Genugtuung zum Ausdruck, dass durch den Hochbau ein markante Punkt im südlichen Stadteingang entsteht. Erträge sollen wieder in den sozialen Wohnungsbau fließen. Er wünsche, dass die Städt. Wohnbaugesellschaft weiterhin so erfolgreich bauen kann.

Stadtrat Matt setzt sich mit dem Vorhaben skeptisch auseinander. Es bilde einerseits ein Entree für die Stadt – aber wolle man es wirklich dort? Andererseits sehe er Bedarf im Hochpreissegment. Fraglich sei, ob sich die Stadt damit etwas Gutes tue, wenn sie immer

mehr hochpreisige Nachfrage auslöst. Menschen mit einfachen Einkommen könnten sich die Wohnungen nicht leisten, also würden Gutverdiener angezogen werden. Wenn die Wirtschaft in der Schweiz einmal schwächeln sollte, werde man es in Lörrach auf dem Wohnungsmarkt spüren. Andererseits sehe er auch, dass die Städt. Wohnbaugesellschaft mit dem Erlös soziale Projekte realisieren kann.

Man müsse künftig den Augenmerk verstärkt auf hochpreisige Vorhaben legen, meint Stadtrat Ferger. Wenn aber die Städt. Wohnbaugesellschaft weiterhin soziale Wohnungen schaffe, würden die Mieten nicht so schnell steigen.

Stadtrat Perinelli sieht die Nachfrage nach derartigen Wohnungen größer als das vorhandene Angebot. Wenn diese Wohnungen nicht gebaut würden, würden die Nachfrager andernorts suchen. Die Städt. Wohnbaugesellschaft brauche außerdem die Mittel.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

1. Der Bericht über die frühzeitige Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung wird zur Kenntnis genommen.
2. Dem Entwurf zur Auslegung wird zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durchzuführen und die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB einzuholen.

TOP 8

Bebauungsplan und Örtliche Bauvorschriften „Stutz/Brendle“ - Beschluss Offenlage Vorlage: 052/2014

Die Vorsitzende erteilt den Fraktionen das Wort.

Stadtrat Krämer findet es bedauerlich, dass Vorschriften erlassen werden müssen um ein ansehnliches Bild zu erhalten. Die CDU wolle der Beschlussvorlage zustimmen.

Stadtrat Simon sagt, dass man sich einen strukturierten Ablauf bei der Angelegenheit wünsche. Die Fraktion der SPD wolle der Beschlussvorlage zustimmen.

Stadträtin Kurfeß signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Grünen.

Stadtrat Lacher signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Freien Wähler.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen erfolgt entsprechend dem Bericht zur frühzeitigen Beteiligung.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Offenlage nach § 3 (2) BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange nach § 4 (2) BauGB durchzuführen.

TOP 9

Anpassung der Stellplatzablösebeträge Vorlage: 042/2014

Die Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und eröffnet die Diskussion.

Stadtrat Heuer spricht sich dafür aus, nur in Ausnahmefällen auf eine Ablösung der Stellplatzverpflichtung einzugehen und wo es gehe, das Anliegen von Stellplätzen zu fordern.

Stadtrat Lacher weist auf die gesetzliche Regelung der Verpflichtung zur Anlage von Stellplätzen und über deren Anzahl hin. Es müssten nicht nur private, sondern auch mehr öffentliche Stellplätze geschaffen werden.

Der Gemeinderat beschließt sodann ohne weitere Wortmeldungen einstimmig:

1. Den Richtlinien für die Ablösung der Stellplatzverpflichtung in der Stadt Lörrach wird zugestimmt.
2. Der Abgrenzung Innenstadt / übriges Stadtgebiet wird zugestimmt.

TOP 10

Neuordnung der Betriebsleitung des Eigenbetriebs Stadtwerke

Vorlage: 061/2014

Die Vorsitzende erklärt, dass der Eigenbetrieb Stadtwerke einer neuen Organisationsstruktur bedürfe.

Stadträtin Höfler sagt, dass man die Beschlussvorlage bereits ausführlich beraten habe und dass die Fraktion der CDU der Vorlage zustimme.

Stadträtin Gula hofft, dass sich gute Bewerber für die ausgeschriebenen Stellen finden. Die SPD stimme der Beschlussvorlage zu.

Stadträtin Kurfeß signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Grünen zur Beschlussvorlage.

Stadtrat Lacher signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Freien Wähler.

Auch Stadtrat Matt signalisiert für die Fraktion Die Liberalen Zustimmung. Die Angelegenheit solle von der OB selbst entschieden werden, dies läge in ihren Kompetenzen.

Die Vorsitzende sagt, dass die Einstellung von leitenden Mitarbeitern zum Kompetenzkreis des Gemeinderates gehöre.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden Beschluss:

1. Für den Eigenbetrieb Stadtwerke wird im Wege der Neuorganisation die Funktion der Einzelbetriebsleitung geschaffen.

2. Die Stelle der/des Betriebsleiterin/s wird öffentlich ausgeschrieben.

TOP 11

Aufnahme von Krediten und Derivaten

Vorlage: 013/2014

Die Vorsitzende geht kurz auf die Vorlage ein und verdeutlicht, dass es bei der Aufnahme von Derivaten keinesfalls um Spekulationsgeschäfte gehe, welche den Kommunen sowieso nicht erlaubt seien.

Stadtrat Lusche erklärt, dass es im Sinne einer ordentlichen Abwicklung derartiger Geschäfte einer klaren Regelungsgrundlage bedürfe, nicht zuletzt auch um Eilentscheidungen zu vermeiden. Die Haushaltssatzung beinhalte Grenzen, die eingehalten werden müssten.

Stadträtin Gula bekräftigt ebenfalls die Notwendigkeit der Regelung und der Änderung der Satzungen und signalisiert die Zustimmung ihrer Fraktion.

Stadträtin Kurfeß bringt in Erinnerung, dass sich es sich um notwendige kurzfristige Entscheidungen handle, die wie vorgeschlagen geregelt werden müssten. Festsetzungen des Haushalts würden damit nicht aufgehoben.

Die Stadträte Lacher und Perinelli kündigen ebenfalls die Zustimmung ihrer Fraktionen an.

Der Gemeinderat beschließt sodann (bei 1 Enthaltung) einstimmig:

1. Die Hauptsatzung wird entsprechend dem Vorschlag der Anlage 1 geändert.
2. Die Betriebssatzungen der Eigenbetriebe werden entsprechend den Vorschlägen in Anlage 2 geändert.

TOP 12

Annahme / Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnl. Zuwendungen gem. § 78 Abs. 4 GemO im Februar 2014

Vorlage: 064/2014

Nachdem es keine Wortmeldungen gibt, fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden Beschluss:

Der Annahme bzw. der Vermittlung der dargestellten Zuwendungen wird zugestimmt.

TOP 13

Bekanntgaben

Keine Bekanntgaben.

TOP 14

Allgemeine Anfragen

Stadtrat Escher fragt an, ob die Stadt für eine Neueinstellung der Sprechanlage Mittel bereitstellen könne.

Die Vorsitzende sagt, dass sie das Thema nochmals aufgreifen wolle.

Stadtrat Claassen stellt die Frage, ob es die Möglichkeit gebe, das MMZ-Areal komplett zu einem Parkplatz auszubauen.

Bürgermeister Dr. Wilke erklärt, dass dies nicht möglich sei, da das Areal ein Ausgleichsbiotop für die Eidechsen sei, die, vom Bahnhof kommend, dort Zuflucht suchen würden.

Die Vorsitzende erklärt, dass über ein solches Vorhaben dann auch separat abgestimmt werden müsse.

TOP 15

Fragestunde der Bürger

Keine Bürgerfragen.

TOP 16

Offenlegungen

16.1 Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats am 13. März 2014

16.2 Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats am 21. März 2014

Zur Beurkundung

Die Vorsitzende:
gez. Heute-Bluhm

Urkundspersonen:
Gez.: Schlecht, Werntaler

Schriftführung:
gez. Funk / Ockenfuß